

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl W. ...  
Herausgeber: ...

Verlagsgesellschaft ...  
Druck: ...

Druck u. Verlag: ...  
Herausgeber: ...

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Die englisch-französische Aussprache Beginn der Londoner Vorkonferenz

London, 2. April. Der englische Ministerpräsident MacDonald, der am Samstag nach London zurückkehrte, hat beschlossen, seinen französischen Ministerkollegen persönlich am Sonntagmorgen auf dem Victoriabahnhof in London zu empfangen. „Daily Mail“ rechnet damit, daß über die Tribute, die Abstellung und die Wirtschafts- und Zollpolitik noch am Sonntagmorgen und -abend gesprochen werde. MacDonald werde, wie man erwartet, Tardieu davon unterrichten, daß die englische Regierung an ihrer Reparationspolitik festhalten werde, und daß früher oder später, wenn möglich in Kaufmann im Juni, endgültige Schritte unternommen werden müßten, um die Völker der Kriegsschulden und Reparationen zu erleichtern. Die Donaufrage würde am Montag zur Erörterung kommen, wozu die anderen zuständigen Minister hinzugezogen würden.

Die „Times“ erklärt in einem Leitartikel, Hauptanliegen der Viermächtekonferenz werde es sein, einen Vorschlag auszuarbeiten, in dem die Donausachen zur Aufhebung eines Planes für engere Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Vorkonferenzbeschlüsse aufgeführt werden. Die Konferenz werde sich mit zahlreichen Fragen zu beschäftigen haben, über die man verschiedener Ansicht sein könnte, so die Frage der Einbeziehung Bulgariens in den Plan, die vier Mächte müßten sich auch darüber schlüssig werden, zu welchen Zugeständnissen sie bereit seien und welches Maß von Unterstützung sie dem Plan angedeihen lassen könnten. Die „Times“ wendet sich dann gegen ausländische Pressstimmen, die durch gegenfeitige Verdächtigungen die Atmosphäre der Konferenz schon vor dem Zusammenritt zu verderben suchten.

Ein ausschließlich englisch-französisches Einverständnis komme nicht in Frage. Eine englisch-französische Lösung ohne Mitwirkung der anderen Mächte könne dem übrigen Europa nicht aufgetragen werden.

Tardieu sei viel zu klug und wisse, daß ein solcher Versuch seinen Erfolg bringen würde. Eine Abmachung mit England anzustreben, die sich gegen eine andere Macht richte und von der eine andere Macht ausgeschlossen sein würde, sei unweidlich. Von englischer Seite sei völlig klarzustellen worden, daß England bei allen Bemühungen um die Lösung gemeinsamer Fragen mit allen Mächten zusammenarbeiten wolle. Abmachungen mit irgendeiner Macht, von denen andere Länder ausgeschlossen würden, kämen nicht in Frage. Der Besuch Tardieus sei ein durchaus natürlicher Schritt auf dem Wege einer allgemeinen europäischen Zusammenarbeit.

Die „Financial News“ erklärt, die City begrüßte zwar eine Abmachung, durch die den betreffenden Ländern sofortige finanzielle Hilfe zuteil werden könne, sei jedoch klar darüber, daß eine solche Hilfeleistung für Mitteleuropa nur dann von Bedeutung werden könne, wenn sich damit eine Vereinbarung über die Tribute verknüpfte.

Der französische Verlust, Deutschland von Österreich zu trennen, erzeuge Mißfallen, da hierdurch die Stellung Deutschlands in Kaufmann erschweren und die Aussicht auf ein zufriedenstellendes Tributabkommen verringert würde.

Sollte jedoch der Plan die Trennung Österreichs von Deutschland bringen, so müßte Frankreich gleichzeitig durchgehende Zugeständnisse in der Tributfrage machen. Tausend der finanziellen Wiedervereinigung Englands liegen die Hilfsmaßnahmen auch ohne eine Trennung Österreichs von Deutschland durchzuführen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß Frankreichs finanzielle Macht im Vergleich zu den anderen Mächten nur geringfügig über die finanzielle Macht anderer Mächte hinausgeht. Hieraus erkläre sich der plötzliche Wunsch Frankreichs nach Zusammenarbeit mit England, die es erhalten könne, aber nur unter entsprechenden Bedingungen.

### Viermächte-Konferenz am 6. April

London, 2. April. Die erste Sitzung der Viermächtekonferenz in London wird, wie von maßgebender Seite verlautet, Mittwoch, den 6. April, um 2.30 Uhr nachmittags, im Foreign Office stattfinden.

Berlin, 2. April. Die Zusammenkunft der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz ist nunmehr festgelegt. Es werden für neben Staatssekretär v. Hilow Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium, Vortragender Legationsrat W. H. Vortragender Legationsrat von Deeren und Attache Dr. Kordt angetreten. Die Delegation wird Berlin voraussichtlich am Dienstag verlassen.

### v. Doersch bei Tardieu

Paris, 2. April. Ministerpräsident Tardieu hatte für heute vormittag den deutschen Vizekonsul v. Doersch zu sich geladen und ihm darüber Aufklärung gegeben, welche Bedeutung es mit seinem Besuch in London habe und welche Ideen die französische Regierung bei der bevorstehenden Konferenz der vier Großmächte in London zu vertreten gedenke.

## Tardieu über das Diktatur-Regime in Deutschland

### Ein Zwischenfall in der letzten Kammer Sitzung

Paris, 2. April. Die letzte Sitzung der französischen Kammer fand mit einem Zwischenfall, dessen Verlauf sich in den Tagesblättern findet. Der französische Ministerpräsident hätte sich nach Verabschiedung des Haushalts an eine polemische Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Abgeordneten Bedouce eingelassen, der die Gewährung von Anleihen an ausländische Regierungen kritisierte. Tardieu hat bei der Abwehr dieser Kritik das „Diktatur-Regime in Deutschland, wie es in den Hoover-Reden zum Ausdruck kommt“, in einer Weise in die Debatte gezogen, die der sozialistischen Presse Anlaß zu Protesten gibt. Der „Quotidien“ schreibt: Ministerpräsident Tardieu hat einen Augenblick vergessen, daß er Außenminister ist. Abn. Bedouce wachte ihm mit Recht den Vorwurf, unüberlegt verschiedenen ausländischen Staaten Anleihen gewährt zu haben. Tardieu erwiderte: „Müssen denn diese Länder, um die sozialistische Zustimmung zu erhalten, einen Marschall zum Präsidenten haben? Ist es nötig, daß eine Diktatur, damit wir mit ihr ein Abkommen abschließen können, die Stimmen der sozialistischen Partei erhält und sich Diktatur der Notverordnungen nennt?“

„Allem Anschein nach“, so fährt „Quotidien“ fort, hat der französische Regierungschef kurz vor den deutschen Wahlen dem Weltbewerber des Präsidenten Hindenburg, Gitter, ein wervolles Argument geliefert, und das gerade in dem Augenblick, in dem der französische Ministerpräsident an einer bereits anderwärts anberaumten Konferenz mit der Reichsregierung verhandeln soll. Das ist ein seltsames politisches Verfahren. Vielleicht wäre es für einen unverantwortlichen Parteiführer möglich, aber was soll man davon halten, wenn derartige Methoden von einem am Ruder befindlichen Regierungschef einer großen Nation angewendet werden?“

### Butterkrise in Frankreich

Paris, 2. April. Die scharfen Kontingentierungsmaßnahmen, die die französische Regierung seit einiger Zeit getroffen hat, haben sich besonders stark auf dem Lebensmittelmarkt ausgewirkt und hier zu einer wahren Butterkrise geführt.

Abgesehen davon, daß die Preise von Butter in ganz kurzer Zeit um 25 v. H. angehoben sind, war es den Großhändlern überhaupt nicht möglich, die nötigen Mengen anzufahren. Die Kleinhandwerker, die nötigen Mengen erwogen, die Geschäfte zum Leiden des Protestes zu schließen. In letzter Stunde hat nunmehr der französische Landwirtschaftsminister die Einfuhr von 1000 Zentner ausländischer Butter nach Frankreich freigegeben. In der kommenden Woche sollen erneut Verhandlungen mit den ausländischen Regierungschefstellen stattfinden, um die Freigabe weiterer 10 000 Zentner ausländischer Butter durchzusetzen.

### De Valeras Antwort an England

London, 2. April. De Valera präsierte einer Sitzung des irischen Kabinetts, in der die Antwort an die britische Regierung erwogen wurde. Die Antwort ist nun endlich worden. Der Entwurf soll auf einen freundschaftlichen Ton abgestimmt sein. Obgleich er weiter auf Abschaffung des Treueidens besteht und die Jurisdiktion der irischen Gerichte verlangt, soll er den Weg zu freundschaftlichen Verhandlungen offen lassen.

Kranzniederlegung am Berliner Bismarckdenkmal. Aus Anlaß der Wiederkehr des Geburtstages des Fürsten Bismarck haben zahlreiche nationale Verbände am Denkmal des Reichskanzlers vor dem Reichstagsgebäude Kränze und Blumenkränze mit schwarzweißroten Schleifen durch Abordnungen niederlegen lassen.

## Wiedereröffnung des offiziellen Börsenverkehrs am 12. April

In den Dresdner Nachrichten, der einzigen Tageszeitung Sachsens mit täglich 2 Ausgaben, erscheinen die Kursberichte der Dresdner, Leipziger und Berliner Wertpapierbörsen bereits im Börsen- und Handeltitel der Abendausgabe des betreffenden Tages. Auch die Notierungen der Warenmärkte und Produktenbörsen bringen die Dresdner Nachrichten schon in ihrer Abendausgabe.

## Am Ende des Osterfriedens

Der Osterfriede hat sein Ende erreicht. Wir eilen mit Neugierden den für unser innerpolitisches Schicksal entscheidenden Terminen näher: am 10. April der endgültigen Wahl des Reichspräsidenten, am 17. April dem schließlichen Volksentscheid und am 21. April den Neuwahlen in fünf Sechsteln des Reiches, in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt, mit der Möglichkeit grundlegender Veränderung der Verhältnisse im Reichsrat und damit auch im Reich. Schon die Wiedereinberufung des Reichstags im Mai zur Durchberatung des neuen Reichshaushalts, der bereits seit 1. April läuft und der das zugehörige Finanzministerium und das Parlament vor schwierige Aufgaben stellen wird, kann Überraschungen bieten, die um so wahrscheinlicher sind, je eindringlicher der politische Erdbeben bei den Winderwahlen auf die das Reichskabinett tolerierende Sozialdemokratie ist. Den ersten Eindruck der kommenden politischen Auseinandersetzungen werden wir schon in der kommenden Woche in aller Schärfe vermittelt bekommen. Der politische Aufmarsch für die Präsidentenwahl ist vollzogen. Wiederum liegt die Frage des Kampfes in der Tatsache, daß gerade weil die Warte so geschwächt ist, um nach dreizehn Jahren republikanischer Verfassung auf ihren eigenen Kandidaten verzichten zu müssen, der Kampf zwischen zwei Männern ausgedehnt wird, für die, trotz aller politisch-taktischen Unterschiede, oberstes Gesetz das Bekenntnis zu einer entschieden nationalen Weltanschauung ist. Neben beiden steht nur noch als Kandidat der Moskauer Weltrevolutionäre, der Kosakenobergeneral Tschamanow, dessen tragikomische Funktion lediglich darin liegt, die Wähler im Streit immer wieder darüber aufzuklären, daß Deutschland „reife“ für bolschewistische Experimente wird. Ausgeschlossen ist, wenn man von dem Einzelgänger Winter absieht, der Kandidat der Deutschen Nationalen und des Stahlhelms, weil beide Gruppen auf dem Standpunkt stehen, daß nach dem Ergebnis des 13. März der zweite Wahlgang nur noch formelle Bedeutung habe. Man will dort lieber die ganze vropaganistische Wucht auf die Preußenwahlen konzentrieren, bei denen die Entscheidung fallen wird, die bei der Präsidentenwahl nicht mehr fallen könne. Welche der tatsächlichen Ansichten sich in der Nacht vom 10. auf den 11. April auch immer als die richtige erweisen wird, auf jeden Fall werden wir in den kommenden Tagen eine Wahlpropaganda erleben, die alles bisher Gesehene und Gehörte in den Schatten stellen wird. Das Lager Hindenburgs und das Lager Gitters haben es in dieser Hinsicht nicht an Aufkündigung des Lebens.

Selbst die „Eiserne Front“ der sozialdemokratischen Organisationen will mit allen Mitteln, die die moderne Technik der Wahlpropaganda zur Verfügung stellt, dokumentieren, daß sie zwar keinen entscheidenden politischen Faktor mehr bildet, aber immerhin noch mitreden will. Ihr besonderes Ziel — sie hat es in ihrer Presse offen ausgesprochen — ist nicht etwa die Wahl Hindenburgs, sondern die „Republikanisierung“ des Landes und der Kleinstadt mit Hilfe von großvorigen angeführten Notorkaufsprecherkolonnen und dem obligaten Flugblattstreifen. So gar ein neues Abzeichen hat man angekündigt, die alten Firmenchilder haben sich aufeinander nicht wirkungsvoll genug bei der Suche nach dem zweiten Mann erwieben. Nun, vierzehn Tage nach der Reichspräsidentenwahl werden wir nach der Schlacht Preußenkriegs endgültig wissen, daß Notorkaufsprecher und eine neue Nadel im republikanischen Anoplos Braun und Severing auch nicht mehr retten konnten. Aber schon jetzt erweist uns die großvorige angekündigte Republikanisierung — vor wenigen Jahren hätte man noch nicht so beschreiben von Sozialisierung gesprochen — als eine Verlesendelirante, mit der man die eigene Schwäche vor den Besinnungslosen entschuldigen möchte. Wir wollen nur hoffen, daß Braun und Severing den Reichspräsidentenwahlkampf dieser Woche nicht zu einseitiger Anwendung ihrer beherrschten Machtbefugnisse benutzen, in der irrtümlichen Hoffnung, dadurch den eigenen Start für die Preußenwahlen zu verbessern.